**PRESSEMITTEILUNG**

**CORONA-ALTERSVORSORGE? AGE Europe, BETTER FINANCE und CFA Institute fordern Maßnahmen zum Schutz von Altersvorsorgebeiträgen, Ersparnissen und Auszahlungen**

**Brüssel, 23. April 2020** - Die notwendigen Maßnahmen in den Bereichen Gesundheit, Quarantäne und räumliche Distanzierung, die zur Bekämpfung der andauernden Coronavirus-Pandemie ergriffen worden sind, fordern von den Volkswirtschaften auf der ganzen Welt ihren Tribut. Diese Strategie – die für die Bekämpfung von entscheidender Bedeutung ist – wird in Verbindung mit Währungs- und Haushaltsexpansionen von unabsehbaren Ausmaßen dauerhafte und schädliche wirtschaftliche Folgen haben, da unsere Volkswirtschaften unvermittelt und aufgrund gesetzlicher Vorgaben stillgelegt werden.

Nach der Finanzkrise haben sich die Regierungen bei ihren Bemühungen, das Wachstum wieder anzukurbeln, neu verschuldet. Die Zentralbanken haben Geld gedruckt wie nie zuvor, wobei ihre Bilanzen in den letzten Jahren[[1]](#footnote-2) unter dem Etikett der „quantitativen Lockerung“ oder der „unkonventionellen Geldpolitik“ immer weiter aufgebläht worden sind. Am Ende mussten einfache Bürger, Privatanleger und Altersvorsorger die Zeche zahlen, und es ist wahrscheinlich, dass sie es wieder tun werden.

Inzwischen sind nationale Regierungen, europäische Institutionen und Zentralbanken eingeschritten, um zu versuchen, die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise mit noch ehrgeizigeren und weitreichenderen fiskal- und geldpolitischen Konjunkturpaketen und Maßnahmen zu mildern.[[2]](#footnote-3) Am 19. März 2020 kündigte die Europäische Zentralbank (EZB) ein Pandemie-Notfallkaufprogramm in Höhe von 750 Milliarden Euro an[[3]](#footnote-4) (zusätzlich zu den 120 Milliarden Euro, die bereits am 12. März beschlossen wurden[[4]](#footnote-5)), das dazu beitragen wird, die zahlreichen Initiativen zu unterstützen, die von den EU-Mitgliedstaaten auf einzelstaatlicher Ebene umgesetzt werden. Darin nicht enthalten sind etwa 3 Billionen Euro an Refinanzierungsgeschäften der EZB zum bisher niedrigsten Zinssatz von -0,75 %. Es handelt sich hierbei um eine umfangreiche, verdeckte, aber direkte Subvention der EZB an die europäischen Banken, mit der sie die Banken tatsächlich dafür bezahlen wird, dass sie jährlich Beträge in Milliardenhöhe verleihen.

Leider werden, wie schon bei der Finanzkrise, die europäischen Bürger als Sparer und Anleger (d. h. die Mittelschicht) wahrscheinlich wieder einmal einen unverhältnismäßig hohen Preis bezahlen.

Damit kommen wir zum wirtschaftlichen Konzept der „*Finanzrepression“*, die das Ergebnis einer Politik ist, die von Regierungen und Zentralbanken während der letzten Krise umgesetzt wurde und mit hoher Wahrscheinlichkeit auch zur Bewältigung der jüngsten, durch Covid-19 verursachten Wirtschaftskrise, die uns bevorsteht, umgesetzt wird. Die Regierungen werden noch verzweifelter versuchen, Anleger zu finden, die Anleihen mit negativen oder sehr niedrigen Zinsen kaufen. Die am wenigsten auffällige Methode der Finanzrepression, um dies zu erreichen, besteht darin, die Zentralbanken dazu zu bringen, massiv Staatsanleihen auf den Sekundärmärkten durch die Kampagnen der quantitativen Lockerung, mit denen wir inzwischen vertraut sind, zu kaufen. Die derzeitigen Aufsichtsregeln für Banken und Versicherer könnten sie de facto dazu zwingen, Wertpapiere mit negativer Verzinsung zu kaufen.

Im Hinblick auf die Altersvorsorge stellen sich vier Fragen:

* Die obligatorischen **öffentlichen Rentensysteme („Umlageverfahren“) werden** aufgrund der Gefahr eines beispiellosen Anstiegs der Arbeitslosigkeit und einer erhöhten Haushaltsbelastung der EU-Mitgliedstaaten **weiter belastet werden**. Ihre wesentliche Funktion bei der Sicherung eines angemessenen Alterseinkommens für alle sollte aufrechterhalten werden, wie von der Hochrangigen EU-Gruppe „Altersvorsorge“ empfohlen.[[5]](#footnote-6)
* Die **weltweiten und europäischen Aktienmärkte sind zusammengebrochen** (am 14.04.2020 gingen der MSCI World und der STOXX All Europe gegenüber dem 14. Februar um 18 % bzw. 22 % zurück) und werden wahrscheinlich noch einige Zeit brauchen, um sich zu erholen. Dies hat unverzügliche und direkte Auswirkungen auf fast alle Altersvorsorgeprodukte. Was den Schaden noch zusätzlich vergrößert, ist die Forderung von nationalen Regierungen und der EZB, Dividendenzahlungen einzustellen und Emittenten börsennotierter Aktien zu erlauben, in diesem Jahr Hauptversammlungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit abzuhalten, wodurch den Aktionären mehrere Grundrechte vorenthalten würden. Soviel zu all dem politischen Gerede über das Engagement der Aktionäre und Corporate Governance!
* Angesichts historisch niedriger Zinsen (manchmal sogar im negativen Bereich) lassen die umfangreichen fiskal- und geldpolitischen Konjunkturpakete, die im Gefolge der Corona-Krise aufgelegt werden, keinen Zweifel mehr daran, dass **die finanzielle Repression andauern und sich weiter vertiefen wird, wobei negative oder nahe Null liegende Realzinsen für viele Jahre die Norm werden**.
* Diese beispiellose Geldschöpfung in Verbindung mit den Spannungen in den Logistikketten, die sich derzeit entwickeln, wird **wahrscheinlich zu einem erheblichen Anstieg der Inflation führen und die Kaufkraft der Ersparnisse der Altersvorsorge und Einkommen zusätzlich schmälern**.

Die Zeitbombe der Altersvorsorge tickt bereits jetzt in Europa. Studien von BETTER FINANCE und der OECD zeigen, dass die realen Renditen langfristiger Anlagen in jüngster Zeit bereits zu oft im Minusbereich lagen und für ein angemessenes Ersatzeinkommen im Ruhestand nicht ausreichen.[[6]](#footnote-7) **Die realen (inflationsbereinigten) Renditen der Altersvorsorge werden in diesem Jahr zusammenbrechen,** vor allem wegen der unter Druck geratenen Aktienmärkte, aber auch wegen des geringen Interesses an Staatsanleihen, und werden in naher Zukunft wegen der finanziellen Repression ins Straucheln geraten. Diese Entwicklung wird sich möglicherweise sogar noch verschärfen, wenn sie mit einer wieder einsetzenden Inflation einhergeht.

BETTER FINANCE hatte sich bereits für mehrere Maßnahmen – unter anderem über die Initiative der Kapitalmarktunion der EU – eingesetzt, um das Problem der insgesamt mageren langfristigen realen Renditen von Ersparnissen der Altersvorsorge in der EU in Angriff zu nehmen, und es lohnt sich, daran zu erinnern:

* **Sicherstellen, dass alle Finanznutzer Zugang zu allen Märkten, einschließlich der Kapitalmärkte, haben**. CFA Institute hat vor Kurzem eine Studie veröffentlicht, in der analysiert wird, wie beitragsorientierte Vorsorgepläne unter Druck gesetzt werden, nach Renditen für private Anlagen zu suchen, wodurch ein potenzielles Risiko in Bezug auf das Liquiditätsungleichgewicht und die Renditeerwartungen entsteht.[[7]](#footnote-8) Dazu ist eine Verzinsung des angelegten Kapitals entweder in Form von Dividendenzahlungen oder höheren Aktienkursen notwendig. Für die meisten Altersvorsorgesysteme sind Dividenden von existenzieller Bedeutung; daher sollte der Staat diese Zahlungen nicht verbieten, es sei denn, das Unternehmen ist von der Corona-Krise stark getroffen und hat mit Liquiditätsproblemen zu kämpfen oder öffentliche Hilfsgelder erhalten.
* **Mitarbeiterbeteiligungsprogramme** in den nächsten 24 Monaten, einschließlich Steuererleichterungen, ermöglichen. Gegenwärtig sind personalbezogene Ausgaben die Hauptursache für die geringere Liquidität in den Unternehmen. Wenn solche Programme sofort eingeführt würden, könnte ein Teil der Gehälter als Kapitaleinlage der Mitarbeiter in den Unternehmen verbleiben. Dies könnte gut funktionieren, wenn es an Steuervorteile geknüpft würde.
* **Die voreingenommene Beratung beim Vertrieb an Privatanleger beenden und „Anreize“** für MiFID-II-2- und IDD-Anlageprodukte erheblich einschränken. Sicherstellen, dass die Finanzfachleute ihrer Verantwortung gerecht werden und Privatanlegern angemessene Anlagelösungen anbieten, die auf der Sorgfaltspflicht gegenüber ihren Kunden beruhen, wobei sie jederzeit im besten Interesse der Letzteren handeln.
* **Die Finanzbildung** verbessern, nicht damit Privatanleger die für sie besten Produkte bestimmen, sondern um sicherzustellen, dass sie das für sie angemessene Beratungsniveau wählen können. Privatanleger verfügen nicht über das notwendige Wissen, die finanziellen Kenntnisse und die Zeit, um sich einen vollständigen Überblick über die ihnen angebotenen komplexen Finanzprodukte zu verschaffen. Das sollte auch nicht notwendig sein.
* **„Greenwashing“** bei der Gestaltung und Förderung von ESG-Anlageprodukten bekämpfen.
* Bei den Aufsichtsregeln **langfristige Aktienanlagen** nicht länger gegenüber Staatsanleihen **benachteiligen**.
* Die ESA sollen EU-Recht durchsetzen, indem sie Privatanlegern in der EU uneingeschränkten Zugang zu Anlageprodukten mit niedrigen Gebühren wie Aktien, Anleihen und Index-ETF gewähren.
* **Standardisierte Offenlegung der bisherigen Wertentwicklung** (gegenüber der des Vergleichsindex der Fondsmanager) und der Kosten für alle Anlageprodukte für Kleinanleger wiedereinführen.
* Sicherstellen, dass das künftige PEPP, das vorgeschlagene paneuropäische private Pensionsprodukt, wirklich einfach, sicher und effizient ist. Dies setzt auch voraus, dass die EU-Mitgliedstaaten für gleiche Wettbewerbsbedingungen in Steuerangelegenheiten sorgen, soweit dies möglich ist.
* Die ESA sollen die Berichterstattung über die Kosten und bisherige Wertentwicklung von Anlageprodukten für Privatanleger verbessern und fortsetzen.
* Die ESA sollen eine öffentlich zugängliche Datenbank aufbauen, in der Altersvorsorgeprodukte verglichen werden können.

Die Berücksichtigung dieser Maßnahmen wird wesentlich, aber nicht ausreichend sein, um diese beispiellose Krise zu bewältigen. Politische Entscheidungsträger und andere Stakeholder im Bereich der Altersvorsorgeleistungen, angefangen bei den Bürgern als Altersvorsorgesparer, müssen außergewöhnliche Schutzmaßnahmen entwickeln, um den EU-Bürgern jetzt und in naher Zukunft ein angemessenes Einkommen im Alter zu sichern. BETTER FINANCE ist bereit, aktiv an diesem notwendigen und dringenden Prozess mitzuwirken und Erkenntnisse und Belege aus seiner langjährigen Studienarbeit zu liefern.

Beispielsweise garantierten in der Vergangenheit einige Mitgliedstaaten einen jährlichen Mindestanstieg der von Altersvorsorgeprodukten angebotenen Leibrenten, um Ruheständler vor den verheerenden Auswirkungen der Inflation auf die Kaufkraft des Alterseinkommens zu schützen.

Heute ist es noch wichtiger, dass BETTER FINANCE seine Forderungen und Aufforderungen zur Verbesserung der Rendite langfristiger Ersparnisse (d. h. zumindest die Sicherung der Kaufkraft dieser lebenslangen Ersparnisse beim Eintritt in den Ruhestand) bekräftigt. Schließlich geht es nach den Worten der Europäischen Kommission vor allem darum, dass die **Wirtschaft und folglich dieKapitalmärkte für die Menschen arbeiten**.

\*\*\*

Kontakt: Leiter der Kommunikationsabteilung ǀ Arnaud Houdmont ǀ +32 (0)2 514 37 77 ǀ houdmont@betterfinance.eu

1. Der Betrag der EU-Staatsschulden im Besitz der EZB stieg von 2009 bis 2019 um 146 %. Die jährliche konsolidierte Bilanz des Eurosystems umfasst Aktiva und Passiva der nationalen Zentralbanken (NZB) des Eurosystems und der EZB, die am Jahresende gegenüber Dritten gehalten werden: <https://www.ecb.europa.eu/pub/annual/balance/html/index.en.html> [↑](#footnote-ref-2)
2. <https://www.investopedia.com/government-stimulus-efforts-to-fight-the-covid-19-crisis-4799723> [↑](#footnote-ref-3)
3. <https://www.bruegel.org/2020/03/coronavirus-and-the-politics-of-a-common-fiscal-instrument/> [↑](#footnote-ref-4)
4. [https://www.ecb.europa.eu/press/blog/date/2020/html/ecb.blog200319~11f421e25e.de.html](https://www.ecb.europa.eu/press/blog/date/2020/html/ecb.blog200319~11f421e25e.en.html)  [↑](#footnote-ref-5)
5. <https://ec.europa.eu/transparency/regexpert/index.cfm?do=groupDetail.groupMeetingDoc&docid=38547> [↑](#footnote-ref-6)
6. <https://betterfinance.eu/wp-content/uploads/PR-PENSIONS-INADEQUACY-25092019.pdf> [↑](#footnote-ref-7)
7. <https://www.cfainstitute.org/en/advocacy/policy-positions/capital-formation-investing-pension-contributions-in-private-markets> [↑](#footnote-ref-8)